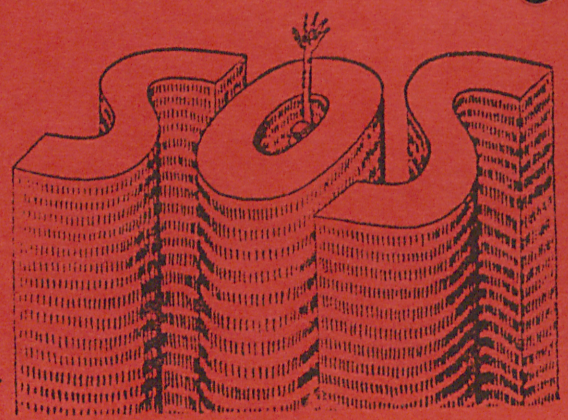
ES VERÄNDERT SICH NICHTS – WENN WIR NICHT ES TUN

REDEBEITRÄGE DER WOHNUNGSDEMO IN DA VOM 13.12.'88

EINLEITUNG

Die Vollversammlung der Technischen Hochschule Darmstadt hat im November 1988 beschlossen, gegen die Wohnungsnot in Darmstadt zu demonstrieren.
Daraufhin haben wir, sechs StudentInnen - aber vor allem MieterInnen - uns zusammengesetzt, um die Demo inhaltlich vorzubereiten und insbesondere mit anderen Betroffenen zu reden, damit wir gemeinsam etwas auf die Beine stellen können.
Aber leider war die Vorbereitungszeit für einen Darmstadtweiten Zusammenschluß aller Betroffenen diesmal zu kurz.(Aller Anfang ist schwer, beim nächsten Mal ...)
Trotzdem hat uns die Demo viel Spaß gemacht, besonders, weil soviele zusammengekommen sind.
Bei einem Nachtreffen wurde uns jedoch klar, daß es unbedingt notwendig ist, die Redebeiträge und Reaktionen darauf zu veröffentlichen, um allen die Möglichkeit zu geben, sich noch einmal intensiv mit den Inhalten auseinanderzusetzen.
Die Beiträge reißen Probleme der darmstädter Wohnungssituation an. Doch wer weiß nicht, daß mittlerweile bundesweit gerade billiger Wohnraum sehr rar geworden ist ?!
Wir wollten vor allem die Ursachen für die Wohnungsmisere aufzeigen und Verantwortliche nennen.
Denn eins ist klar: Erst wenn wir uns als MieterInnen über unsere Lage bewußt sind und erst wenn wir merken, daß sehr viele andere in der gleichen Situation sind wie wir, wird es möglich sein, uns zusammenzuschließen und gemeinsam gegen Wuchermieten sowie die Einschränkung unserer MieterInnenrechte - so geschehen durch das BVG-Urteil vom 14.02., welches Räumungen auf grund von Eigenbedarf erleichtert - zu wehren !
Ein **erster Schritt** kann sein, daß sich MieterInnen zusammentun und gemeinsam gegen die Wuchermieten ihrer VermieterIn angehen.



Diese Broschüre entstand mit finanzieller Unterstützung des AStA THD.

ES VERÄNDERT SICH NICHTS AUSSER WIR TUN ES

Wochenend-Heimfahrer, NR, su. Zim. in od. um Darmstadt. WG wäre angenehm. ☎ Unternehmertochter sucht 3-4 Zi.-Whg. bis 90 m² am Rande der Stadt. ☎ 06151/891303.

Studentin THD (finanz. abgesi.) sucht Zi. od. Whg. in DA. ☎ 06063/8474.

DESHALB

WOHNUNGSDEMO

DI., 13.12., 17⁰⁰ UHR KAROLINENPLATZ · DA.

BRINGT ALLES MIT, WAS FÜR EINE LAUTE UND BUNTE DEMO GUT IST

1500.– DM Belohnung für die erfolgreiche Vermittlung von **2 ZKB** in DA oder Umgebung, mögl. ab Dez. 88 Tel. 06154/6874 od. 1520, werktags

1500.– DM Belohnung! Ruh., deutsches Ehepaar m. 16jähr. Tochter su. baldigst 3½ bis 4-Zi.-Whg. in Griesheim. Angebote unter ☰ M 16490.

Zimmer in guter Hochschullage von Studenten-Verbindung zu verm. ☎ 06151/45392, ab 10 Uhr.

4-ZW = 100 m², Nä. Komp. Vrl., 1. Akademiker, 1200.– + Uml. + Kt. 1. 2. Bußhaus-Immob., ☎ 24275.

1 ZKB, 25 m², in Pfungstadt, Hespanschluß, ab 1.12.88 an alleinstehende (Pens., Wochenendfahrer, 500.– inkl. + Kt., ☎ 06157/62357 ab 9 Uhr.

2000.– Belohnung! für die erfolgreiche Vermittlung einer 4-Zimmer-Wohnung in Darmstadt/Eberstadt. Telefon 061[illegible]76595 oder 5[illegible]

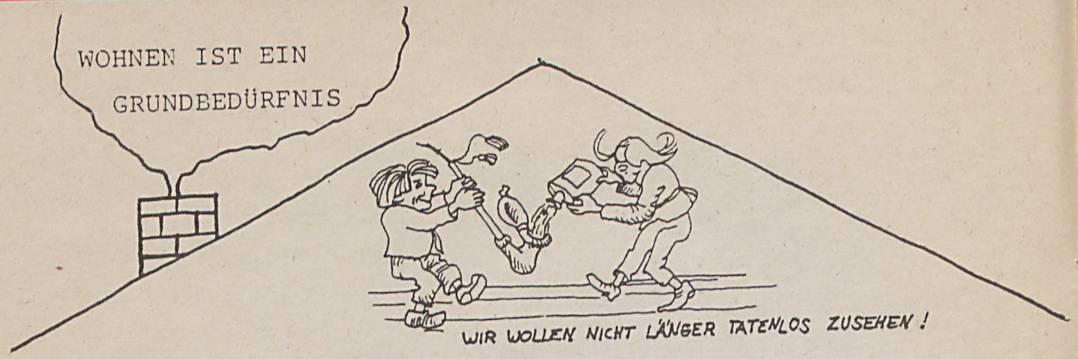
Sie suchen seriöse, zuverlässige Mieter? Wir treffen für Sie die richtige Auswahl. Bieten Sie uns Ihr Mietobjekt an – Den Rest erledigen wir kostenfrei. Rufen Sie uns an. **Heyer-Immobilien** Inh. Waltraud Heyer, beratende Betriebswirtin, Frankenstr. Straße 59 6100 DA-Eberstadt, ☎ 06151/595181

Möbl. Zimmer, Nähe TH f. deutschen Studenten frei. ☎ 06151/291124.

2½-ZW., Bensheim, 90 m², Balk., EBK., extl. Ausst., an alt. Ehep. oder alleinst. Dame 1300.–

Wir rufen auf:
AStA THD im Auftrag der Voll-Versammlung
Studierende des Abendgymnasiums
AStA FHD
AStA EFHD
Interessengemeinschaft der Fuhrmannstr.9-Bewohner
Freunde und Freundinnen des Hauses Fuhrmannstr.9
Bunte Hilfe Darmstadt
Wohnungsinitiative Darmstadt
Infoladen Darmstadt

Auf diesem Wohnungsmarkt hat nur eine Chance, wer älter als 45, mysteriös seriös, NichtraucherIn, WochenendheimfahrerIn, AkademikerIn, stinkreich und in einer deutschen Studentenverbindung ist



und so sieht Wohnen in Darmstadt aus:
- In Darmstadt fehlen 7000 Wohnungen
- Die einzelnen Wohnungssuchenden stehen sich auf dem Wohnungsmarkt als KonkurrentInnen gegenüber: AusländerInnen, junge Familien, alte Menschen, Obdachlose, Alleinerziehende, StudentInnen, Auszubildende, AsylantInnen,... spielen sich gegeneinander aus - richtiger - werden gegeneinander ausgespielt!

DIE WOHNUNGSNOT FÖRDERT ANGEPASSTE MIETERINNEN UND SICHERT SO DEN PROFIT DER VERMIETERINNEN UND MAKLERINNEN, WELCHE IHRE WUCHERMIETEN UND -GEBÜHREN DURCHSETZEN KÖNNEN!

- Laut staatlicher Berechnung beträgt der Mietanteil 1/4 des Einkommens - In Darmstadt muß dagegen für die Miete häufig bis zu 50% und noch mehr des Einkommens ausgegeben werden.

WUCHERMIETEN BEDEUTEN DEN ZWANG ZU ZUSÄTZLICHER ARBEIT, UM NEBEN DEM GRUNDBEDÜRFNIS WOHNEN AUCH DIE ANDEREN ERFÜLLEN ZU KÖNNEN!

URSACHEN VON WOHNUNGSNOT

Billige Wohnungen werden immer weniger. Dies ist Folge der darmstädter Stadtentwicklungspolitik:
Zum einen werden in Gebieten wie dem Nord-Westen Darmstadts, in sogenannten Mischgebieten (Gewerbe- und Wohnviertel) Wohnungen abgerissen, um Platz für die Ausweitung ansässiger Betriebe, bzw. für die Ansiedlung neuer Betriebe im High-Tech und Dienstleistungsbereich zu schaffen. So geschehen z.B. in der Feldbergstraße, wo Röhm letztes Jahr 50 Wohnungen abreißen ließ.
Auf der anderen Seite werden gerade alte Wohnviertel, wie das Martins- und Johannesviertel luxussaniert: Billiger Wohnraum wird mit Hilfe staatlicher Subventionen in teuren umgewandelt. Diese Wohnungen können sich nun nur noch Menschen mit gehobenen Einkommen leisten: Die alte BewohnerInnenschaft wird verdrängt.
In der Folge wird eine entsprechende neue Infrastruktur geschaffen. Teure Geschäfte und Kneipen siedeln sich an. So wird das passende Schicki-Micki-Flair für die High-Tech und Dienstleistungsbeschäftigten hergerichtet.

Die Stadt erreicht so ihre Ziele:
Darmstadt wird innerhalb des Rhein-Main-Gebietes zu einem attraktiven Standort für die moderne Industrie und verdient bestens an den Steuereinnahmen. Außerdem steigert diese Politik die Profite der MaklerInnen und VermieterInnen!

WIR WOLLEN NICHT LÄNGER TATENLOS ZUSEHEN, WIE POLITIK ÜBER UNSERE KÖPFE HINWEG UND GEGEN UNSERE INTERESSEN GEMACHT WIRD!

Diese Demo kann ein Anfang sein. Der Anfang unserer Stärke, wenn wir uns gemeinsam gegen die darmstädter Wohnungspolitik wehren. Wir müssen uns dabei auch gegen die Isolierung der einzelnen Gruppen wehren - nur so haben wir eine Chance gegen die VerursacherInnen: Den Magistrat der Stadt Darmstadt, Köhler, Bachmann, Bußhaus,.....

WIR FORDERN
- keinen weiteren Abriß von billigem Wohnraum
- keine Spekulation mit Wohnraum
- keine Luxussanierung: Sanierung nur in Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen
- Abschaffung des MaklerInnentums und des VermieterInnenunwesens
- keine Räumung der Fuhrmannstraße 9
- Unterstützung von Selbsthilfe
- keine Privilegienbildung einzelner Gruppen, z.B. durch den Bau von StudentInnenwohnheimen, sondern billigen Wohnraum für alle
- keine städtischen Bonbons für die Vermietung von Kellerlöchern und Besenkammern
- kinder- und lebensfreundliches Wohnen

FÜR EINE STARKE, BUNTE UND LAUTE DEMO AM DI, 13.12., 17.00 Uhr, Karolinenpl.

WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT

-IN DARMSTADT NICHT!

Liebe Demonstrantinnen und Demonstranten !

Ich denke,im Zusammenhang mit Wohnungsnot darf auch das Maklerwesen und sein verschärfender Einfluß auf Wohnungsmarkt und Miethöhen nicht außer Acht gelassen werden.

In Darmstadt,einer Stadt mit ca. 130000 Einwohnern, gibt es rund 20 Wohnungsmakler, eine Zahl ,die bezeichnend ist für den hiesigen Wohnungsmarkt.
Schon längst bieten Makler nicht mehr nur Luxuswohnungen und Häuser für die höheren Einkommenschichten an.
Auch ,in Anführungsstrichen, preiswerter Wohnraum ist fest in ihren Händen.

So kommt heute kaum noch ein/e Wohnungssuchende/r um einen Makler und dessen Provision herum.
Aufgabe des Maklers ,aus Vermietersicht,ist es, den "perfekten" Mieter zu suchen, der pflegeleicht ist und keine Forderungen stellt.

Für Wohnungssuchende reicht es jedoch noch lange nicht aus,bereit zu sein,die horenden Mieten und Provisionen zu bezahlen.
Um eine Chance im Auswahlverfahren der Makler zuhaben, sind Wohnunssuchende genötigt,sich zu prostituieren, d.h. dem Makler jede gewünschte Information über sich selbst zu geben,um nachzuweisen,daß frau/mann seriöser und zuverlässiger ist als die anderen Bewerber.
"Soziale Randgruppen "fallen bei diesem Siebverfahren sowieso durch.

Aufgrund der Situation,daß sich oft bis zu 60 Bewerber auf eine Wohnungsanzeige melden, gehen Vermieter mehr und mehr dazu über,die Vermietung ihrer Wohnungen durch Makler zu regeln.
Sind die Wohnungen erst in Maklerhänden,so werden sie schon aus eigenem Profitinteresse, die höchstmögliche Miete herausschlagen,da sich die Provision nach der Miethöhe richtet.
So bewirken die Makler neben der Entsolidarisierung der WOhnungssuchenden auch eine Kontinuierliche Steigerung der Mieten.

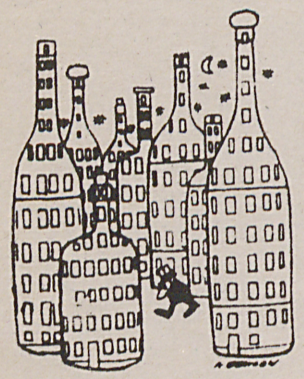
SIE SICHERN DIE PROFITE DER VERMIETER UND SAHNEN SELBST BESTENS DABEI AB !

Abgesehen davon,daß das Maklerwesen generell unsozial ist ,da es Profite aus dem GRUNDRECHT auf Wohnen schlägt,ist es eine Schweinerei,das der Vermieter für die ihm erbrachte Leistung nicht bezahlen muß, die Wohnungssuchenden aber gezwungen sind,neben den geforderten Mieten auch noch die Provisionen aufzubringen.

WIR FORDERN DIE ABSCHAFFUNG DES MAKLERWESENS IN SEINER

HEUTIGEN FORM !!

DAS GRUNDRECHT AUF WOHNEN DARF KEIN GESCHÄFT SEIN !!



Wo sollen wir wohnen ...
(Melodie: Sieben Tage lang ...

1. Wo sollen wir wohnen, sieben Tage lang?
   Wo sollen wir wohnen, so ein Frust!

   Es sind die Wohnungen zu knapp
   Und nur wer Geld hat, kriegt davon was ab
   Vermieter und Makler sahnen ab!

2. Wir müssen uns wehren sieben Tage lang
   Denn ausreichend Wohnraum steht uns zu!

   Und wer das leugnet, steht allein
   wir fordern die Rechte aller hier nur
   Wir fordern die Rechte aller ein!

3. Wir wollen nicht warten sieben Jahre lang
   Wir wollen nicht warten jahrelang!

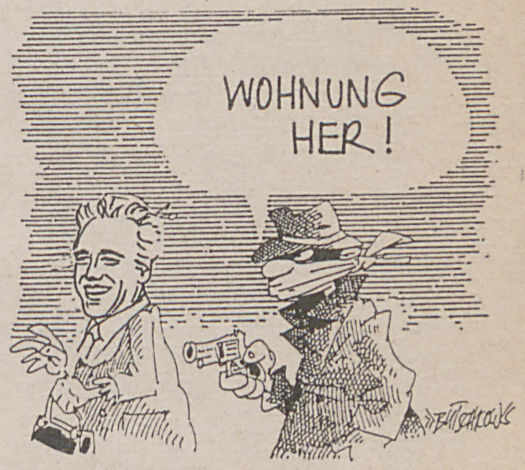
   Genügend Wohnraum brauchen wir
   Drum gehn wir zusammen auf die Straße hier
   Billigen Wohnraum fordern wir!

4. Jetzt müssen wir streiten, keineR weiß wie lang
   Ja für ein Leben ohne Zwang!

   Dann kriegt der Frust uns nicht mehr klein
   Wir halten zusammen, keineR kämpft allein
   Wir gehen zusammen, nicht allein!

Wo UNRECHT legal wird, wird WIDERSTAND legitim!

Nachdem wir bereits eben einiges über das MaklerUNwesen erfahren haben, stehen wir nun vor dem Laden eines ganz besonderen Exemplars dieser Spezie. Der Vermittler BACHMANN verdient sich durch seine (fast) schon kriminellen Methoden eine extra Erwähnung. Seine verwandtschaftlichen Beziehungen zur Miethaiin Köhler sind bekannt; von den Betroffenen aber nicht direkt bestätigt.
Daß der Makler BACHMANN ausschließlich an SchülerInnen und StudentInnen vermittelt, liegt nicht etwa daran, daß er einer, von der Wohnungskatastrophe betroffenen Gruppe [illegible] humanitären Anwandlungen heraus helfen [illegible]hte. Daß des BACHMANN's Herzchen für diese Gruppe schlägt, liegt schlicht daran, daß diese Leute häufiger als andere die Wohnstätten wechseln. D.h., er kann öfter Provisionen kassieren!
Um dem schnellen Wechsel etwas nachzuhelfen, vermittelt er in einigen Fällen Kellerlöcher gleich nur für 3 Monate! Begründung: nach dem Vierteljahr wird renoviert. Es muß nicht extra erwähnt werden, daß nach Ablauf der 3 Monate die Leute raus müssen, die Behausungen aber keinesfalls renoviert sondern im gleichen Zustand weiter vermietet werden.
Natürlich verläßt sich auch ein Herr BACHMANN nicht allein auf seine subjektive Wahrnehmung. Wer ihm als MieterIn nicht seriös genug erscheint, etwa wegen auffallend langer Haare (subversiv!!!), von dem oder der läßt er sich aber durch ein polizeiliches Führungszeugnis noch überzeugen. Vielleicht.
Wer anstandslos vor BACHMANN's Gnaden besteht, der/die hat dann die Möglichkeit, das angebotene Zimmer, Wohnung, sonstiges, zu besichtigen. Oder auch nicht. In einigen [illegible]llen erreicht er auch Vertragsabschlüsse [illegible]ne vorherige Besichtigung!!!! Die sind natürlich ungültig, aber die wenigsten wissen das, und darauf spekuliert er.
Wenn doch eine Besichtigung stattfindet, dann plaudert Herr BACHMANN gerne. Am liebsten über Sachen, die gar nicht stimmen. Z.B. über demnächst anstehende Renovierungen, Neuerungen, Vorzüge oder das Vorleben der (meist nicht anwesenden und manchmal auch über die Besichtigung nicht informierten) Noch-MieterInnen!
Wer nun Interesse an dem jeweiligen Objekt bekundet, bei dem oder der ist spontane Entscheidungsfreudigkeit gefragt.Natürlich ist vom Gesetzgeber vorgesehen, daß der/die eventuelle MieterIn den Mietvertrag zur Überprüfung 2 Tage mit nach Hause nehmen kann, bevor er oder sie unterschreibt. Und natürlich weiß das auch Herr BACHMANN! Aber leider, leider ist die Situation ja nun mal so, daß ihm die Leute die Bude einrennen, und wer halt so hinderliche Gesetze nicht braucht, tja...
Wenn nun der Vertrag (Unbedingt nachträglich prüfen lassen!!!) unterschrieben ist, werden die ersten Zahlungen fällig. Kaution, (weiß der Geier wofür), 2 Monatsmieten und natürlich die Provision. Da kommen schnell zweidreitausend Mark zusammen, die innerhalb weniger Tage (meist über's Wochenende) aufgebracht werden müssen. Und, da wist der nette Herr B. aus D. extra drauf hin, Verzögerung ist nicht, sonst ist er nämlich plötzlich gar nicht mehr so nett. Aber keine Sorge! Für die Leute, die soviel Geld nicht so schnell auf seinen Tisch blättern können, denen bietet er einen günstigen Privatkredit an. Kurzfristig, schnell, unbürokratisch und praktisch ohne nennenswerte Zinsen!?!? Denn wie schon erwähnt, er hat ein Herzchen für so arme Studi's und SchülerInnen!
Wer jetzt auf die Idee kommen sollte, diesen netten Herren mal in seinem Lädchen zu besuchen, um ihm mal so richtig aus tiefstem Herzen...., der/die sei gewarnt! Herr BACHMANN hat einen geladenen Revolver in seiner Schublade liegen!!!!!!



SANIERUNG

Die uns von oben verordnete Sanierung verbessert nicht etwa die Wohnqualität für alle Menschen,sondern verschärft die beschissene Situation noch ins Extrem.
Wir wollen im folgenden die Sanierung vor dem Hintergrund der gerade stattfindenden wirtschaftlichen Umstrukturierung ,-näher betrachten.

Was die Stadt plant zeigt sich durch "verkehrsberuhigte Zonen" Fassadenbegrünung, spielflächen,und teurer Fassadenrestaurier= ung.
Uns,die wir dann aber durch die steigenden Mieten und Preise von hier vertrieben werden, nützen diese Vergünstigungen nichts. Denn weil bei alledem ja kräftig verdient werden soll, steigen die Mieten ins unermeßliche,oder die Wohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt.
Die Gutenbergstr.1o zum Beispiel wurde oberflächlich saniert und die Miete um 1oo% erhöht. Darüberhinaus steigen durch den Einbau neuen Komforts wie beispielsweise Sprechanlagen, oder neue Heizformen die Nebenkosten.
Die Wenckstr.2o wurde von den Spekulanten Lindemann und Vogler für 5oo ooo DM gekauft in Eigentumswohnungen umgewan= delt und für 8oo ooo DM weiterverkauft.

Das Vorzeigestück der darmstädter Sanierungspolitik ist die Viktoriastr. im Johannisviertel.
Vor 8-9 Jahren wohnten hier fast ausschließlich Wohngemein= schaften,Arbeiterfamilien,kleinere Angestellte und alte Leute.

Durch die Sanierung wurde über die Mietsteigerungen der Standard soweit gehoben,daß das Bild heute fast ausschließlich von gehobenem Mittelstand und der Oberschichtschickeria geprägt ist. In einem Haus des Arbeiterbauvereins in der Viktoriastr. ecke Alicenstr. kostet ein Einzelzimmer 42o,-DM Miete.

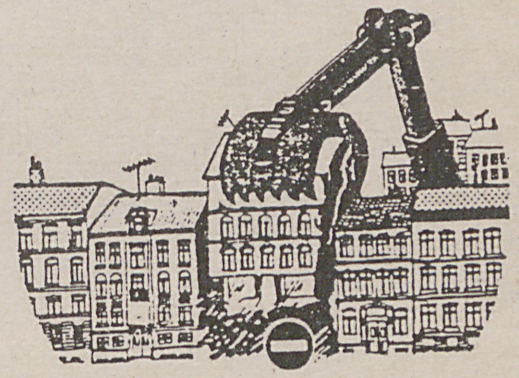
Häuser,die nicht teuer renoviert werden,werden zum Teil einfach abgerissen und völlig neu wieder aufgebaut.So z.B. die Robert= Schneider-Str. 11, 13, 15, und 15a.In diesen Häusern befin= det sich nun teurer Wohnraum und Raum für Notar -und Anwalts= büros.
Um schicken Freiflächen oder anderen Einrichtungen,wie z.B. Parkplätzen Platz zu machen , werden Häuser auch mal ersatz= los abgerissen, wie die Arheilgerstr./Ecke Fuhrmannstr. oder wie vor kurzem ein Haus am Schlossgartenplatz.

Häuser die leerstehen,sind,-solange sie nicht gleich eingeebnet werden,-potentielle Spekulationsobjekte. So z.B. die Magdalenen= str, 27, Arheilgerstr.75, oder die ehemals besetzte Karlstr. 111 in Bessungen.

Wohnraum wird planmäßig vernichtet und dadurch der verbleibende Wohnraum verteuert. Die Vermieter,- Makler,-Spekulantenmafia verdient sich daran dumm und dämlich,-und sie können sich jede Schweinerei erlauben.
Die Menschen, die sich das Leben in den sanierten Vierteln dann nicht mehr leisten können,werden werden in die Vororte, oder in die "Beton-Wohnklos" der kranichsteiner Trabanten stadt ziehen müssen. SANIERT WIRD JEDENFALLS NICHT FÜR DIE BEWOHN= ER/INNEN DER HÄUSER,SONDERN GEGEN SIE !!

Das Martinsviertel soll durch geeignete Maßnahmen für private Investoren interessant gemacht werden,-so OB-Metzger.Was das in der Realität heißt,haben wir gesehen: Leute mit Geld bestim= men unsere Wohnbedingungen!!!!
Aber das ist natürlich kein Zufall.Es steckt mehr dahinter als einfaches Profitdenken.Hier wird der Wohnraum auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zurechtgeschnitten.

In Darmstadt werden zunehmend hochtechnisierte Industrien angesiedelt. Kleine High-Tech-Betriebe schiessen wie Pilze aus dem Boden.
In den großen Firmen in den Bereichen Druck,-und Computer= industrie sowie graphische und elektronische Daten-verar = beitung arbeiten vermehrt Ingenieur/innen, Akademiker/innen und Informatiker/innen, was wir im folgenden genauer belegen wollen. Bei der Anzahl dieser Art Stellen liegt Darmstadt schon jetzt weit vor dem Bundesdurchschnitt und sogar noch vor Frankfurt.



Diese Leute jedenfalls,haben einen relativ dicken Geldbeutel. Sie sollen in den sanierten Vierteln wohnen, die teure Miete zahlen und dafür den sogenannten "verbesserten Wohn,-und Freizeitwert geniessen. Die Viertel befinden sich nahe an der konsumstrotzenden Innenstadt ,wo die zukünftigen Bewohn= er/innen den Rest ihres Geldes lassen sollen,und ebenso nahe am Industriegebiet,wo sie arbeiten werden.
Die Viertel sind voll in die Städtische Infrastruktur einge= bunden,und bieten doch eine angenehm ruhige Wohnlage.

Gerade die Firma Schenck ist ein gutes Beispiel für die zu= künftige Zusammensetzung der Bevölkerung,im Wohn,- und Ar= beitsbereich.
Von den 4ooo Beschäftigten sind gut ein drittel Ingenieure und Ingenieurinnen,und ca. die Hälfte Angestellte. Bleiben ca. 25% Arbeiter/innen. Dieses Gefälle von den gutbezahlten Arbeitsstellen zu den schlechtbezahlten Jobs,schlägt sich z.B. in der geringen gewerkschaftlichen Organisierung bei Schenck nieder.

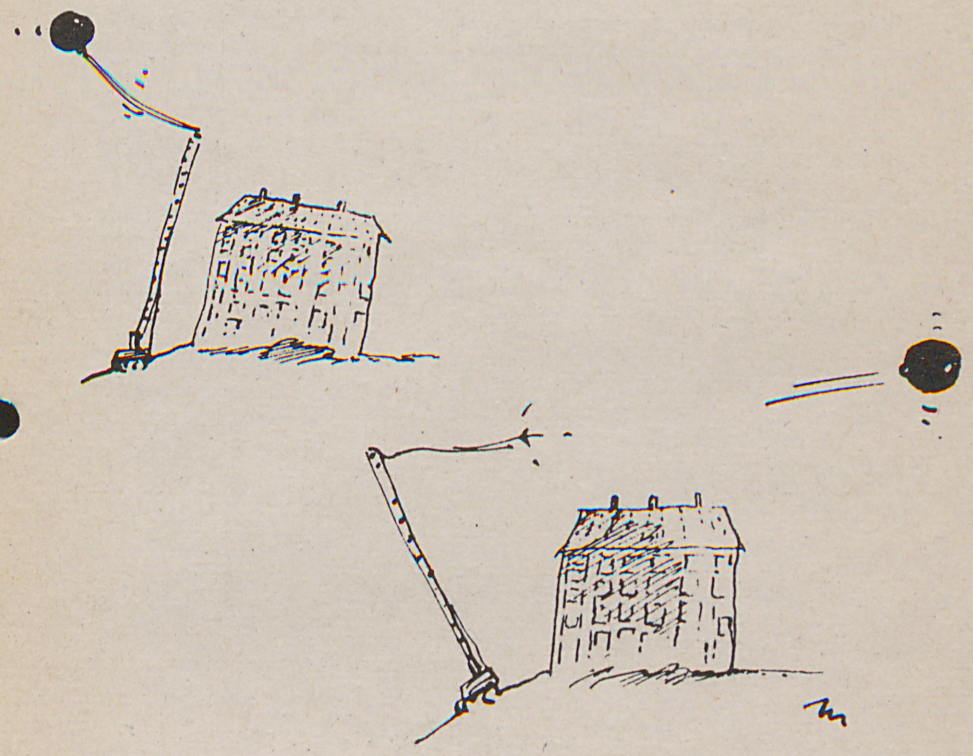
Die High-Tech-Industrie und die Computerfirmen sind auch des= halb so beliebt,weil sie bei relativ geringen Standoertflächen hohe Gewerbesteuern in den Stadtsäckel zahlen,und zudem noch einige zahlungskräftige Kunden,-ihre Mitarbeiter und Mit = arbeiterinnen nämlich,-in die Stadt bringen.
Dafür wird dann als Gegenleistung diesen Firmen die Stadt schmackhaft gemacht,-mit der Sanierung zum Beispiel !

OB-Metzger in einer Presse-erklärung im Mai :"Es geht darum, hier nicht stehen zu bleiben, sondern vorrangig beim qualitativ hochwertigen Wohnungsangebot weitere Verbesserungen vorzunehmen."

Weitere entscheidende Faktoren für die Industrieansiedlung sind z.B. die Nähe anderer Firmen der gleichen Branche, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, Ausbildungsstellen, die Erreichbarkeit der City und die Flughafennähe .

Alles Faktoren,die hier voll gegeben sind.Es gibt die TH und FH, Das deutsche Kunststoffinstitut,die Materialprüfungsanstalt, ,die beiden Raumfahrtzentren ESOC und ESA .Desweiteren sind noch ein GEN-Forschungszentrum,ein Refa -Informatikcenter für Betriebsorganisation,und ein Technologiepark in Kranichstein geplant.

Das neu eingerichtete Amt für Wirtschaftsförderung,das dem OB-M untersteht,drängt noch weiter in diese Richtung.Eine Fläche,die 4oo Fußballfeldern entspricht soll für Darmstadts Wirtschaft und Industrie bereitgestellt werden.
Die Carl Schenck AG beispielsweise will expandieren,und die STadt wird sich um geeignetes Gelände bemühen müssen,-so Metzger!
Aber nicht nur in Darmstadt,überall werden Großteile der Produktion in die sogenannten Billiglohnländer ausgelagert. Dort wo Streikverbot meist militärisch garantiert ist, können die Menschen noch härter ausgebeutet werden.
Ein anderer Teil der Produktion wird durch Computerisier= ung Rationalisiert.Was übrigbleibt sind zum einen Teil Hilfsarbeiterjobs,aber zum anderen Teil Entwicklungs,- und Ingenieursleistungen.
Das hat eine Neuzusammensetzung der Bevölkerung zur Folge,- in den Fabriken und Wohnvierteln.



Das ganze ist natürlich keine regionale Entwicklung,sondern findet in vielen Städten statt!

Es geht nicht darum menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern das Ziel der Profitsteigerung bestimmt unseren Alltag!
Das geht rein bis in die sozialen Beziehungen.Sanierung heißt auch Isolation,also keine gewachsenen Strukturen mehr.
Zum Beispiel in den Hochhausvierteln,wo zwar mehr Menschen auf engem Raum zusammen wohnen,es aber weniger Kontakte untereinander gibt.
Es gibt Wohnungsbaukonzepte,daß sich die einzelnem Mieter/innen möglichst wenig sehen,möglichst wenig miteinander zu tun haben.Ein weiteres Moment ist,daß niemand gerne dort wohnt,was ja durch die Architektur bedingt ist,-und dann lieber wieder Wegziehen will,als dort Kontakte aufzubauen.

Alldas garantiert den Städteplanern natürlich auch,daß es kaum gemeinsame Gegenwehr gibt.

Wir haben einen Horror davor, den Tag in den Fabriken zu verschwenden,um bei öder, entfremdeter,austauschbarer Arbeit sinnlosen oder schädlichen Mist herzustellen,der nur deshalb produziert wird,weil er die Kasse der Bosse füllt.!

Den gleichen Horror haben wir davor,nach der Arbeit,in unserer sogenannten Freizeit,in die legebatterie-artigen Betonklos der Wohnsilos heimzukehren um uns nun dem Konsum von irgendwelchem Mist hinzugeben.
Einzeln,-isoliert,-und durch Beschäftigungstherapie und Sozialklempnerei bei Laune gehalten.

Was wir wollen,ist,die Konkurrenz überwinden und ein freies, selbstbestimmtes miteinander leben.

Wir wollen keine Sanierung,die uns von oben aufgedrückt wird sondern den Erhalt der Häuser,nach den Bedürfnissen der Menschen !

Die Häuser denen,die sie brauchen!
Solidarität mit allen Hausbesetzerinnen und Hausbesetzern!!!

REDEBEITRAG ZUM BAUVEREIN FÜR ARBEITERWOHNUNGEN (der bei der Demo aus Zeitgründen nicht gehalten werden konnte)

Der Bauverein entstand vor 120 Jahren, also einige Jahre nach der Revolution von 1848. Die Bourgeoisie hatte damals Angst, daß die ArbeiterInnenschaft der noch jungen Industrien sich erheben würde. Die Arbeits- und Wohnbedingungen waren für sie auch zu dieser Zeit schon unmenschlich. Also mußte etwas für die Ausgebeuteten getan werden, damit sie nicht selbst etwas für sich tun würden!
So gründeten einige darmstädter Bürger 1864 den Bauverein für Arbeiterwohnungen, der billige Wohnungen in übersichtlicher Anordnung bauen lassen sollte, damit es auch ja nicht zu unkontrollierten Solidarisierungen unter den BewohnerInnen käme.
Wie wichtig diese Ruhigstellungsmaßnahme der ArbeiterInnenschaft auch international genommen wurde, zeigt sich daran, daß Leute wie die Queen, einige Großherzöge, englische Handelsfirmen und sogar des russische Zarenhaus den Verein finanziell unterstützten!
Nach dem II.Weltkrieg übernahm die Stadt den Verein, die sie einen Träger für ihre Wohnungspolitik brauchte. So ist der Bauverein zum größten Wohnungseigentümer in Darmstadt geworden mit inzwischen über 8000 Wohnungen.

In seiner Unternehmenspolitik setzt sich der Verein wenig von den korrupten Machenschaften der Neuen Heimat ab: Da wird mit Grundstücken spekuliert und es werden auch Wohnungen für die gehobene Mittelschicht gebaut,während gleichzeitig die Obdachlosenghettos der Republik überquellen!
Vor allem in den 50er Jahren baute der Verein viele Siedlungen mit sogenannten Arbeitgeberdarlehen. Die Wohnungen sind dann den ArbeiterInnen und Angestellten der entsprechenden Firmen vorbehalten. Der Bauverein begibt sich damit einerseits in Abhängigkeit von den Firmen, andererseits sind die MieterInnen dieser Wohnungen an die Firma gebunden. Wenn sie diese verlassen wollen, um eine besserbezahlte Arbeit zu finden, verlieren sie zugleich ihre Wohnung!
Der Bauverein stellt sich damit voll in den Dienst der kapitalistischen Privatwirtschaft!

Wie ernst der Verein die Aufgabe nimmt, die Wohnungsnot zu lindern, sehen wir daran, daß er 1987 bei 56 Mio. Mark Überschuß nur 36 neue Wohnungen bauen ließ.

Natürlich verfügt er auch einfach über gute und dabei billige Wohnungen. Bloß, an die kommen wir nicht dran: Bei der miesen Wohnungssituation in der Stadt kann er sich seine AspirantInnen sorgfältig auswählen:

1. Beste Chancen haben die Bekannten und Verwandten derjenigen, die im Verwaltungsfilz drinhängen
2. Bindungsscheine als Voraussetzung, um eine Sozialwohnung mieten zu können, gibt es für eine family mit einem Kind bis zu 38 100 Mark Jahreseinkommen. Also werden Leute genommen, die nahe an dieser Grenze liegen, auf alle Fälle aber ein festes Einkommen haben. Das spart dem Verwaltungsapparat den Ärger mit Räumungsklagen wegen Mietrückstand
3. Wer einmal bedürftig war, kann immer in der billigen Wohnung bleiben, auch wenn er/sie es inzwischen auf der Karriereleiter weit gebracht hat!
4. Für Wohngemeinschaften, Unverheiratete und Studies vergibt er garkeine Wohnungen mehr.
5. Für AusländerInnen gibt es eine prozentuale Beschränkung, was erstens menschenverachtend und diskriminierend ist und zweitens eine zusätzliche Schweinerei, da AusländerInnen selten zu den GroßverdienerInnen gehören und deshalb grundsätzlich auf billige Wohnungen angewiesen sind.
6. Wer nicht in der Stadt gemeldet ist, also keine Wohnung hat, bekommt erst garkeinen Bindungsschein.

GUTE BILLIGE WOHNUNGEN GIBT ES HIER NUR FÜR DIE BRAVE, ARBEITSAME, DEUTSCHE KLEINFAMILIE

1864 WIE HEUTE IST DER BAUVEREIN EINER DER UNTERDRÜCKUNGSAPPARATE, DIE UNS IN DIE DIN-NORM PRESSEN SOLLEN, DAMIT WIR OPTIMAL VERWERTBAR WERDEN FÜR DIE INTERESSEN DER BONZEN UND IHRES MAGISTRATS

WIR FORDERN:
- Die billigen Wohnungen für die wirklich Bedürftigen
- Weg mit dem Verwaltungsfilz
- Dem Bauverein die Vergabe über die Wohnungen entreißen und sie einer Gruppe übertragen, die sich aus MieterInnen zusammensetzt

Erinnern wir uns an den Mietstreik vom März 1975, wo 150 MieterInnen dem Bauverein den Kampf ansagten, als er die Mieten erhöhen wollte!

Dialog auf dem Luisenplatz

Magistrat: Also, ich bin vom Magistrat. Ich will jetzt auch mal was sagen. Was wollt Ihr hier überhaupt ?! Wir sind doch alle einer Meinung:
Unsere Stadt soll schöner werden !

Ein Mensch: Jaa ! - ABER : Wie stellst Du Dir das vor ?

Magistrat: Darmstadt soll eine moderne, attraktive Stadt werden. Schließlich müssen wir innerhalb des Rhein-Main-Gebietes konkurrenzfähig bleiben.
Dazu brauchen wir natürlich hochentwickelte Industrie und vor allem auch Dienstleistungsbetriebe.

Ein Mensch: Ja, aber wie soll das vor sich gehen ?

Magistrat: Ein Beispiel dafür wird der neue Verwaltungsbau von Röhm in der Feldbergstraße.

Ein Mensch: Ja, aber dort standen doch alte Wohnhäuser, deren Mieten sehr niedrig waren. Was ist denn mit den Menschen passiert, die dort gelebt haben ?

Magistrat: Die müssen halt woanders unterkommen !

Ein Mensch: Was ist mit denen, die keine neue Wohnung bekommen haben ?

Magistrat: Weiß ich nicht. Aber dafür gibt es schließlich entsprechende Einrichtungen wie die Obdachlosenghettos. Außerdem wollen wir das Problem der Wohnungsnot grundsätzlich lösen:
Alle Menschen, die wir für unsere moderne, saubere Stadt nicht mehr brauchen, sollen ohnehin außerhalb der Stadt angesiedelt werden.
Den ersten Erfolg hatten wir bereits mit unserem Alkoholerlaß : Oder wann haben sie die letzten Punx auf dem Luisenplatz gesehen.
Und die PennerInnen lassen wir auch immer aus der Stadt karren.

Eine Mutter: Unser Haus ist auch abgerissen worden !
Und wo sollen wir jetzt wohnen, Kind ?
Müssen wir zu FreundInnen ziehen ?

Kind : Ach, no problem, Mami.
In Traisa gibt's 'ne scharfe Villa. Da wohnt nur eine Kleinfamilie, von 'nem Menschen - Metzger heißt der - Laß' uns dahin gehen.

nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber

REDEBEITRAG ZU DEN NEUESTEN TENDENZEN DER MIETUNRECHTSPRECHUNG

Von Wohnungsnot kann keine Rede sein, meinen dieHerren mit den dicken Portmonnaies und entsprechendem Hinterteil, das gut versorgt zu sein scheint. Die,welche Wohnungen mieten müssen (wenn sie solche kriegen), zählen nicht, sie sind nicht gewichtig genug. Entsprechend ziehen die neuen Steuergesetze denen das Geld aus der Tasche, die es nicht haben, um es denen zu geben, die gelernt haben, wie in diesem System die Massen rechtlich legal ausbeutbar sind. So wirken sich auch die Gerichtsurteile der jüngsten Zeit aus, die den Eigentümern Recht und den MieterInnen Unrecht geben. Schützten die Mietgesetze früher wenigstens ansatzweise die MieterInnen, heben die neuen Urteile den MieterInnenschutz weitgehend auf. Früher mußte der Vermieter einen berechtigten Grund zur Kündigung haben, jetzt sind MieterInnen nur noch vor willkürlichen Kündigungen geschützt - und welcher Vermieter ist so dumm, sich keinen unwillkürlichen Kündigungsgrund auszudenken!
Das Wohngeld wird als große soziale Leistung für wirtschaftlich Schwache dargestellt. In Wirklichkeit ermöglicht es den Eigentümern ihre überhöhten Mieten. Nicht den wirtschaftlich schwachen MieterInnen fließt es letztlich zu, sondern den kapitalkräftigen Vermietern; ihnen allein nützt diese Subvention des Bundes!

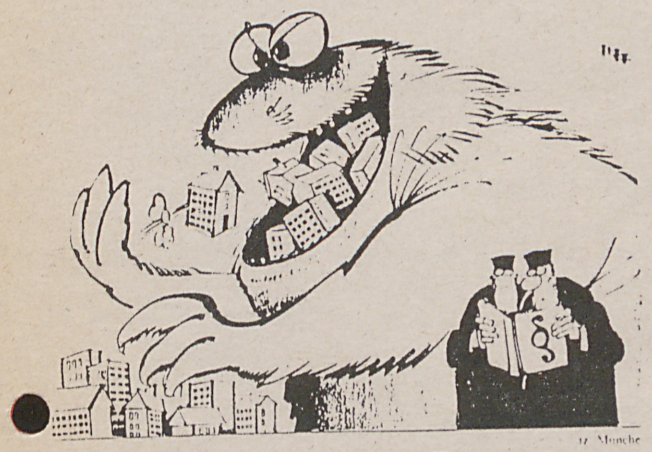
Im übrigen müssen nicht alle Mieten bezahlt werden!

Wuchermieten, d.h. solche, die "unter Ausbeutung der Zwangslage" des Wohnungssuchenden in "einem auffälligen Mißverhältnis" zum Wert der Wohnung stehen, brauchen und **SOLLEN NICHT** gezahlt werden (§ 138 BGB).
Mietwucher in diesem Sinne liegt vor, wenn die geforderte Miete höher ist als 20 % über dem Höchstsatz des ortsüblichen Mietspiegels. Wer Wuchermieten verlangt, macht sich strafbar (§ 302a Strafgesetzbuch).
Gezahlte übrhöhte Mieten können zurückgefordert werden, d.h. "daß der Vermieter den gesamten Betrag, der die ortsübliche Vergleichsmiete unerlaubt übersteigt, zurückzahlen muß" (Asta Wohnen ABC).
Die Inanspruchnahme dieser Rechte ist kein Kündigungsgrund, auch nicht mit dem Argument, daß andere MieterInnen bereit sind, mehr zu bezahlen.

NEHMT EURE RECHTE IN ANSPRUCH !

Sonst richtet sich der Mietspiegel, der regelmäßig nach den tatsächlich gezahlten Mieten neu berechnet wird, nach den gezahlten Wuchermieten.
Dadurch werden diese legal und VermieterInnen können wiederum die Miete legal bis auf 20 % über die neuen Vergleichsmieten erhöhen.
MieterInnen, die ihre Rechte nicht in Anspruch nehmen, tragen selbst dazu bei, daß die Mieten bis ins unbezahlbare steigen.

Der Allgemeine-StudentInnen-Ausschuß (AStA) bietet eine kostenlose Mietrecht-Beratung an.
Näheres im AStA-Büro (Telefon 16 21 17).



„Finden Sie irgendwo etwas gegen Krümelmonster?"

Unser Wohnungskampf ist ein Abwehrkampf gegen unsere Vertreibung aus der Stadt; entweder Vertreibung in die Wohn-Klos der Trabantenstädte, ins Umland oder auch Vertreibung aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet.
Darum wollen wir uns wehren gegen den Abriss billigen Wohnraums, gegen Spekulation, Mietwucher und Luxussanierung und gegen Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.
Wir wehren uns dagegen, daß einzelne Gruppen über eine Lobby versuchen, ausschließlich ihre Lage zu verbessern:
Wir fordern KEINE Studenten/Studentinnen-Wohnheime. Nur gemeinsam können wir Druck machen und unseren Forderungen nach gutem, billigem Wohnraum für alle durchsetzen.
Für den gemeinsamen Widerstand gibt es viele Beispiele:

- Die Mieterinnen und Mieter wehren sich gemeinsam gegen den Verkauf ihres Hauses an Spekulanten. So geschehen auch hier in Darmstadt in der Barkhausstrasse und in der Taunusstrasse.
- Bei überteuerten Mieten kann man die Miete senken. Dieses ist in vielen Fällen legal, auf alle Fälle aber legitim, denn die Mieter arbeiten schliesslich, damit der Vermieter nicht arbeiten muss. Viele werden sich in diesem Zusammenhang an den Mietstreik in Kranichstein erinnern.
- Auch Hausbesetzungen sind ein legitimes Mittel gegen Spekulantentum.

Aber als erstes ist die Bildung eines Mieterselbstbewusstseins notwendig. Wir müssen uns klar machen, dass auch wir Rechte haben und nicht beispielsweise zum nächsten Ersten ausziehen müssen, wenn der Mieter uns kündigt.
Unsere Forderungen sollten wir uns aber nicht nur gegenseitig erzählen, sondern auch denen sagen, die sie hören sollen:
Jetzt und hier tagen in diesem Beispiel darmstädter Stadtplanungspolitik die Stadtverordneten.

WOHNUNGSKAMPF IST ABWEHRKAMPF

REDEBEITRAG IN DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG

Wenn wir hier nach unten gucken, auf unsere Volksvertreter, so sehen wir: Leitende Angestellte, Rechtsanwälte, Architekten, Unternehmer, fast nur Männer, kaum Frauen der höheren Mittelschicht!
Für die sind wir nur Randfiguren ihrer sauberen Stadt. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie Politik gegen uns machen, sie stehen auf der Seite der Bonzen, der Fabrik-Eigentümer Schenck, Merck, Röhm, der Spekulanten und Hausbesitzer. Uns brauchen sie nur, damit die Wirtschaft läuft, Profite aus uns rauspreßt und Steuern zahlt. Die Steuern sind das Maß aller Dinge, über das Steueraufkommen wird ihre Macht festgelegt. Wir zahlen wenig Steuern, also sollen wir raus aus der Stadt!
Zum Malochen, Lernen und Konsumieren dürfen wir herkommen. Wohnen sollen wir gefälligst draußen. Hier ist kein Platz für solches Gesochse wie uns. Hier soll nur die saubere Mittelschicht leben!

WIR WOLLEN NICHT LÄNGER ZUSEHEN, WIE DIE DA UNTEN ÜBER UNSERE KÖPFE HINWEG UND GEGEN UNSERE INTERESSEN POLITIK MACHEN!

Wir wollen uns nicht länger gefallen lassen,

- daß ihr unsere alten billigen Wohnungen abreißen laßt
- unsere Wohnungen luxussanieren laßt mit dem Geld, das wir zuvor in Form von Steuern und Miete zusammengearbeitet haben
- wir wollen nicht zusehen, wie immer mehr Bonzen und Yuppies in unsere Viertel einziehen
- wir wollen nicht mehr länger für eure Wuchermieten arbeiten, damit ihr euch ausruhen könnt
- wir wollen nicht mehr zusehen, wie ihr uns aus unseren Wohnungen rausräumen laßt
- wir wollen keine Stellvertreter

BONZEN RAUS AUS DER STADT, AUSLÄNDERiNNEN, PENNERiNNEN, KINDER, RENTNERiNNEN, SCHÜLERiNNEN, STUDIERENDE, ROMA, ARBEITERiNNEN, PUNX, ARBEITSVERWEIG´RERiNNEN WIEDER REIN IN DIE STADT

- BILLIGEN WOHNRAUM FÜR ALLE - SONST GIBT´S KRAWALLE
- ZUSAMMENLEGUNG DER BONZEN IN KRANICHSTEIN

Wohnungsnot:

Polizei - Gewalt statt Diskussion

Am Dienstag, den 13.12.'88 wurden 200 DemonstrantInnen mit Polizeigewalt aus der Stadtverordnetenversammlung hinausgeworfen.

Kurz zuvor war auf dem Luisenplatz die Wohnungs-Demonstration mit über 1000 TeilnehmerInnen zu Ende gegangen, zu der die 3 Allgemeinen StudentInnen Ausschüsse und unabhängige Gruppen von Betroffenen aufgerufen hatten.
Der Ablauf der Ereignisse: Einige von uns entschlossen sich spontan, die laufende öffentliche Versammlung im Rathaus aufzusuchen. Den StellvertretungspolitikerInnen sollte klar gemacht werden, daß wir nicht länger tatenlos hinnehmen, wie sie über unsere Köpfe hinweg und gegen unser aller Interessen Politik betreiben. Schon auf der Treppe wurden wir von der Polizei gestoppt, die bei dem sich einstellenden Drängen und Schieben nicht gerade zimperlich vorging: rüde Griffe - u.a. ins Gesicht -, willkürliche Personalienprüfung o.ä. Nachdem einige von uns auf Umwegen in die Sitzung gelangt waren, wurde diese unterbrochen. Schließlich gelang es auch den anderen, in den Saal vorzudringen. Eigentlich hätte die Sitzung nun weitergehen können. Als ein Vertreter der GRÜNEN beantragte, das Thema Wohnungsnot auf die Tagesordnung zu setzen, wurde er vom SPD-Stadtverordneten Müller vom Mikrofon weggezerrt. Auf unser Diskussionsangebot gingen die Politiker nicht ein. Vielmehr ließen sie wenig später die ZuschauerInnentribüne räumen. Da sich die DemonstrantInnen weigerten, freiwillig zu gehen, wendete die Polizei Gewalt an: DemonstrantInnen wurden auf die Treppe geschleudert, gewürgt, an den Haaren gezogen, in den Polizei-Griff genommen.
Beschwerden waren zwecklos; Namen und Dienstnummern wurden nicht genannt, Anzeigen nicht entgegengenommen. Im geräumten Saal wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Stadtverordnetenvorsteher:"Wir lassen uns nicht von irgendwelchen Leuten nötigen, die Tagesordnung zu ändern." Ausdrücklich dankte er der Polizei für ihre gute Arbeit (die wieder einmal die Demokratie erfolgreich vor der Bevölkerung geschützt hat).
Offensichtlich ist die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit, in Anwesenheit der Betroffenen über Wohnungsnot zu diskutieren: stattdessen wird wie so oft, die Polizei vorgeschickt. Diese Politiker sind weder fähig noch willens, unsere Probleme ernstzunehmen und sie zu lösen. Stattdessen wird der Protest mit Polizeigewalt niedergehalten.
Es wird deutlich:

Wir müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen.

ES VERÄNDERT SICH NICHTS -
AUSSER WIR TUN ES

DAS Echo DES MAGISTRATS

Obwohl auch wir eine Presseerklärung an das Darmstädter Echo geschickt haben, wurde nur gedruckt, was die Position des Stadtverordnetenvorstehers und des Polizeiberichts wiedergibt.
Die Gewalttaten gegen uns hat das Darmstädter Echo bewußt unterdrückt. Auf telefonische Anfrage wurde mitgeteilt, die Polizeiausschreitungen interessierten nicht für die Berichterstattung. Außerdem hätte der Stadtverordnetenvorsteher mit der Räumungsanordnung Recht, sonst könnten ja am nächsten Tag "hundert Drogenabhängige" kommen und die Anhörung ihrer Probleme verlangen.
Damit wird klar, daß das Darmstädter Echo als Monopolblatt sich voll in den Dienst von Metzger, Ebert und Konsorten stellt.

Deshalb haben wir eine eigene Darstellung gedruckt.

Einige Betroffene in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Studentinnen-Ausschuß der TH Darmstadt

GEDANKEN ZUR WOHNUNGSDEMO VON PAUL HEEMSKERK

"Wohnraum für alle, sonst gibts Krawalle!"- "Vermieter, Makler, Magistrat sind ein Verbrechersyndikat!"- oder beinahe verzweifelt: "Wir wollen Wohnung!"- mehr nicht. Das ist es also, da haben wir sie, die Frust. Angestaut, lang gehegt, hochgepusht: Wohnungsnot.
Die Polizei fährt brav voraus, über die Hauptstraße geht es, 17 Uhr, jede(r) weiß, was das in Darmstadt bedeutet. Schön in Reihe: die wartenden Autos. Fenster hochgekurbelt, gelangweilte, verärgerte Gesichter, bloß keine Miene verziehen, bloß nicht - "tut uns leid, wird wohl etwas später heute, keine Angst, die Läden machen noch nicht zu, wird nicht mehr lange dauern, wir sind gleich vorbei..." - müssen wir uns entschuldigen? Nein. "Mach den Motor aus! Es kommen noch 800!"
Richtig gehört: 800! Achthundert demonstrierende Studenten(innen). Mein Gott, eine Stadt mit 14 000 TH-Studenten(innen); eine Stadt mit 2 000 Wohnheimplätzen und x mal soviielen Bewerbern (innen); eine Stadt, die hochsaniert, die teuersaniert, die Mietpreise treibt bis zur Schmerzgrenze. Eine Stadt, in der Studenten(innen) in Jugendherbergen übernachten oder in Autos. Mein Gott, und dann 800 Leutchen!
Wen geht dieses Thema nichts an? Keinen. Ich du er sie es haben Kommilitonen(innen) auf Wohnungssuche, vielleicht selbst schon Zeitungen durchgeackert, oder von WG zu WG gehechelt, oder sogar in Maklerhände gefallen. Von Hausbesetzung ganz zu schweigen. Wir kennen also das Problem, nein, die Katastrophe. Phantasievolle Folgerung: machen wir darauf aufmerksam, gehen wir gegen die Wohnungsnot an, Gedankenspiel Solidarität, Masse bringt Bewegung, Flugblatt, Diskussion, Solidarität... Halt! Stop! Zurück auf den Boden der Tatsachen, ernüchtern wir uns: es waren trotzdem nur 800. Weniger als 5% (rechnet man(frau) die anwesenden FH-Studenten(innen) noch mit ein). Tut mir leid, mehr war nicht rauszuholen.
Wollen wir ihn wagen, den Vergleich mit den 68ern? Bitte nicht schon wieder. Gut, aber was sind die Gründe für eine zu 95% abwesende Studenten(innen)schaft, und das bei einem Thema, an dem keine(r) vorbeikommt, die eigenen vier Wände, das Dach über deinem Kopf. War die Demo nicht publik genug? Liegt es an der Hochschule, einer "technischen" Hochschule, wo alles seinen technisch geregelten Lauf nimmt, auch der Gedankengang des Studenten/ der Studentin? Oder liegt es an der Mentalität einer Stadt, in der "Studentenbewegung" nur noch als Werbeslogan auf öffentlichen Verkehrsmitteln stattfindet, umsäumt von lächerlichen, herumhüpfenden Hampelmännern...
Zurück zum Ausgangspunkt. Ein Zug demonstrierender Studenten (innen) zieht durch die Straßen von Darmstadt, was springt dabei heraus? Drei Antworten sind möglich. Erstens: der/die Demonstrant/in haben nasse, kalte Füße und wissen, sie sind nicht alleine. Zweitens: jede(r), die (der) uns sieht, geht in sich und vermietet ab sofort seinen Heizkeller. Drittens: die Darmstädter Autofahrer(innen) kommen durchweg eine Stunde zu spät nach Hause und verpassen einen Teil des Werbefernsehens...
Lassen wir das.
Weiter. Der Demonstrationszug macht vor einigen Maklerbüros halt, die Wohltaten des gutherzigen Maklers Y werden verkündet, die Polizei schirmt sein bescheidenes Heim ab, es hagelt Buh-Rufe. Weiter. Vor dem besetzten Haus in der Fuhrmannstraße findet eine Kundgebung statt. Des Übels Wurzel ist natürlich nicht die Wohnungsnot usw., das Gesellschaftssystem usw., Wohnheime ändern nichts, sie verlegen das Wohnungsdrama nur auf nichtstudentische Bühnen usw. usw. usw. Schließlich ab in die Fußgängerzone und, nach zwei Stunden, auf den Luisenplatz: Ende. Zweihundert wollen noch den Stadtrat besuchen (was sie auch tun und dort für Empörung sorgen, die bösen bösen Buben und Mädels). Der Rest läuft wieder auseinander, jede(r) seinen (ihren) Weg. In die Wohnung, wenn du Glück hast. In das Wohnklo, die meisten. Und wer noch keine Bleibe hat? Rücksitz, Kneipe, Sansibar.
Übrigens: Was fällt mir eigentlich ein, mich über dieses Thema auszulassen! Eigennutz, klar doch. Man steht halt besser da, wenn man mit dem Zeigefinger und so. Aber warum, ihr 13 200 TH-Studenten(innen), warum seid ihr denn nicht gekommen?

Die Resolution der Kommunarden

In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal festhalten, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, daß uns fehlt.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.

In Erwägung: es will euch nicht glücken
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.

In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

In erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr eingutes Leben aufzubaun.

In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen -
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn!

(aus: Die Tage der Commune, Bert Brecht)